

KOMMENTARE

Der Syrien-Konflikt spaltet den alten Westen

Diplomatisches Desaster

THOMAS SEIM

Mit einer Mischung aus Entsetzen und Fassungslosigkeit schaut man derzeit auf das diplomatische Desaster, das der Westen in der Auseinandersetzung mit dem Bürgerkrieg in Syrien verursacht. Ohne Not hat US-Präsident Obama sich in eine Verliererposition manövriert. Seine Formulierung von der „roten Linie“, die mit einem Einsatz von chemischen Waffen überschritten werde, hat ihn in die Sackgasse des Ultimatums geführt.



Bush nach, der mit der Lüge von chemischen Waffen in Saddams Besitz in den Krieg zog und die Region ins Unglück stürzte, aus dem sie nicht herausfindet.

Nicht mehr Obama ist jetzt Herr der Situation, sondern der verbrecherische Präsident und Menschenrechtsmissachter Assad. Indem Assad Giftgas einsetzt, zwingt er Obama zu einer Reaktion: Entweder der US-Präsident holt zum Militärschlag aus, oder er macht sich vor der Weltöffentlichkeit zum hilflosen Pappkameraden.

Das ist so mit die schlimmste Situation, in die das US-Staatsoberhaupt sich und die Verbündeten manövrierte konnte. Das britische Unterhaus hat mit seiner Weigerung, sich an einem solchen Schlag zu beteiligen, dem eigenen Premierminister die Gefolgschaft versagt. Die französische Regierung will an der Seite der USA notfalls auch mit Militär in den Konflikt ziehen. Die Bundesrepublik ist drei Wochen vor der Wahl de facto handlungsunfähig, weil die Regierung sich nicht mehr klar positionieren will.

So zerschneidet man ein Bündnis. Zuletzt hat das damalige US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld mit seiner Formulierung vom „alten“ und „neuen“ Europa vor dem Irak-Krieg geschafft. Nun eifert ausgerechnet der Demokrat Obama seinem gescholtenen Amtsvorgänger

Macht das was mit dem deutschen Wahlkampf? Bemerkenswert ist immerhin, wie schnell Bundesaußenminister Guido Westerwelle gestern betonte, dass es eine deutsche Beteiligung an einem Militärschlag gegen Syrien nicht geben werde. Ebenfalls alarmiert scheint Bundeskanzlerin Angela Merkel zu sein, die auf den G-20-Gipfel der Industrie- und Schwellenländer nächste Woche setzt. Beide ahnen, dass das Thema Syrien dem SPD-Herausforderer Peer Steinbrück ein bislang fehlendes Mobilisierungsthema liefern könnte. In der Tat ist Steinbrücks Vorschlag eines vierköpfigen Syrien-Gipfels mit UNO-Generalsekretär Ban Ki Mun, US-Präsident Obama, Russlands Präsident Putin und einem Spitzenvertreter der Arabischen Liga bedenkenswert. So könnte man die Diplomatie zurück ins Rennen bringen und zunächst eine Waffenruhe ermöglichen.

Mit einer Rückkehr zur Diplomatie wäre schon viel gewonnen. Jedenfalls mehr als mit einem kopflosen Bombardement als Strafmaßnahme gegen Syrien, bei dem man fürchten muss, dass darunter weder das Regime noch dessen ebenfalls zweifelhafte Gegner, sondern nur die Menschen leiden würden.

Ob Obama nach dem Streit mit Putin wegen des Ex-Agenten Snowden dazu bereit ist, ist allerdings eher zweifelhaft. Man muss trotzdem darauf hoffen.

thomas.seim@  
ihr-kommentar.de  
Bericht Titelseite

Veränderung der Schullandschaft

Motivationshemmer

BERNHARD HÄNEL

Spätestens seit Salzkotten keine Gesamtschule gründete, war klar: Das traditionell gegliederte Schulsystem ist ein Auslaufmodell. Der Umbau hat auf dem flachen Land begonnen und wird unweigerlich bald auch die Kreisstädte erreichen. Überall ist das Ziel das gleiche. Die Kommunalpolitiker wollen ein möglichst umfassendes Bildungsangebot bereithalten – bis hin zum Abitur.

Ein Auslaufmodell ist auch die Halbtagschule. Längst bieten die Grundschulen manchen ein Ganztagsangebot. Weil Eltern und Schüler mit dem Ganztagsbetrieb positive Erfahrungen gemacht haben und ihre Lebensplanung darauf eingerichtet haben, kommen die weiterführenden Schulen auf Dauer nicht drum herum, sich auf die Nachfrage einzustellen.

Rückläufig ist auch die

Zahl der Förderschulen. Das ist politisch gewollt und wird bald auch vom Landtag in Gesetzesform gegossen. Damit das Vorhaben gelingt, muss es behutsam angegangen werden. Niemand sollte zu seinem Glück gezwungen werden.

Alle genannten Veränderungen erklären den Widerspruch zwischen zurückgehenden Schülerzahlen und weiterhin zu großen Klassen. Ein System im Umbau benötigt zudem viel Personal. Und es muss motiviert sein. Versetzungen an andere Schulformen bedeuten schließlich einen Neuanfang. Der gemeinsame Unterricht behindert und nichtbehinderter Schüler ist aufwendig. Da wirkt allein die ausgesetzte Gehaltserhöhung kontraproduktiv.

bernhard.haenel@  
ihr-kommentar.de  
Bericht Titelseite



Neue Lage

ZEICHNUNG: WALTER HANEL

TAGESTHEMA

Strategie für Syrien gesucht

Steinbrück (SPD) legt Diplomatie-Plan vor



Im Prinzip einig: SPD-Kandidat Steinbrück, CDU-Außenpolitiker Polenz. FOTOS: RTR, DPA

VON UNSERER KORRESPONDENTIN ALEXANDRA JACOBSON

■ Berlin. Peer Steinbrück will beim Thema Syrien klare Kante zeigen. Eine Militärintervention lehne die SPD ab, sagte der Kanzlerkandidat am Freitag. Gleichzeitig stellte er einen Sechspunkte-Plan zum diplomatischen Vorgehen in dem Bürgerkrieg vor. Steinbrück zitierte sein Idol Helmut Schmidt: „Hundert Stunden Verhandlungen sind besser als eine Minute Schießen.“ Die CDU kritisierte Steinbrück, weil er sich um eine Antwort „auf den Tabubruch des Giftgasanschlags herumdrückt“, sagte der CDU-Außenpolitiker Ruprecht Polenz.

Der SPD-Kanzlerkandidat plädiert dafür, beim G-20-Gipfel in der kommenden Woche eine vierköpfige Verhandlungsgruppe zu bilden, die aus UN-Generalsekretär Ban Ki Mun, US-Präsident Barack Obama, dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und einem Spitzenvertreter der Arabischen Liga bestehen soll. Die Gruppe sollte zunächst eine 72-stündige Waffenruhe herbeiführen. Das Assad-Regime soll dann dazu bewegt werden, das Chemiewaffenabkommen zu unterzeichnen, das den Einsatz von C-Waffen ächtet. Steinbrück warf Merkel vor, erst sehr spät zugestanden zu haben, „dass eine militärische Logik alleine nicht zielführend ist“. Zugleich lobte er aber, dass Merkel und Außenminister Guido Westerwelle (FDP) inzwischen verstärkt den Kontakt zu Moskau suchten.

Die Bundesregierung verfährt in der Syrienpolitik entschieden zweigleisig. Angela Merkels Regierungssprecher Steffen Seibert wird nicht müde, eine



„klare Reaktion“, eine „deutliche Antwort“ und „Konsequenzen“ zu fordern. Gleichzeitig macht die schwarz-gelbe Koalition unmissverständlich klar, dass sie sich an einem Militärschlag nicht beteiligen werde. „Eine solche Beteiligung ist weder nachgefragt worden, noch wird sie von uns in Betracht gezogen“, so Außenminister Guido Westerwelle (FDP). Was Schwarz-Gelb genau unter klarer Reaktion versteht, bleibt deshalb nebulös. Ruprecht Polenz (CDU), Chef des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag, plädiert dafür, den Bericht der Chemiewaffeninspektoren abzuwarten. Der UN-Sicherheitsrat werde den Bericht vermutlich schon an diesem Wochenende diskutieren. Am besten sei es, wenn sich die Vertreter im Sicherheitsrat auf ein gemeinsames Vorgehen einigten. Es müsse nicht zum Militärschlag kommen, so Polenz. So könne man von der Assad-Regierung fordern, „den für den Giftgasangriff Verantwortlichen an den internationalen Gerichtshof in Den Haag auszuliefern“.

Polenz findet den Plan des SPD-Kanzlerkandidaten im Prinzip richtig. Das habe man aber schon versucht. Zuletzt scheiterte Ex-UN-Generalsekretär Kofi Annan mit einer Vermittlungsmission ähnlichen Inhalts. Seit Jahren arbeite sowohl die Bundeskanzlerin als auch der Außenminister daran, Russland zum kooperativen Verhalten im UN-Sicherheitsrat zu bewegen. „Es gibt Kontakte intensivster Art“, sagt Polenz. Doch Russland wolle von seiner bedingungslosen Pro-Assad-Haltung nicht abrücken. Polenz kritisiert, dass der SPD-Kandidat das aktuelle Thema verfehle. „Momentan müssen wir erreichen, dass das Assad-Regime den Tabubruch des Giftgas-Einsatzes gegen das eigene Volk nicht wiederholt“, so Polenz.

Bund und Deutsche Bahn bauen Videoüberwachung aus

Investitionen in Höhe von 36 Millionen Euro

■ Berlin (AFP). Bundesregierung und Deutsche Bahn wollen 36 Millionen Euro in den Ausbau und die Modernisierung der Videoüberwachung von Bahnhöfen investieren. Eine entsprechende Grundsatzvereinbarung schlossen sie am Freitag, wie die Deutsche Bahn und das Bundesinnenministerium mitteilten.

Das gemeinsame Programm ist auf sechs Jahre angelegt. Welche Bahnhöfe dafür in Frage kämen, würden Bundespolizei und Bahn in den kommenden Monaten „anhand polizeilicher und bahnbetrieblicher Kriterien“ entscheiden und umsetzen, erklärte beide Seiten. Zusätzlich werde die Bahn 24 Millionen in die Weiterentwicklung ihrer sogenannten 3-S-Zentralen in Bahnhöfen investieren. Dort wird der Einsatz von Sicherheits- und Servicepersonal vor Ort gesteuert.

„Diese Vereinbarung leistet einen wesentlichen Beitrag, um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger weiter zu verbessern“, erklärte Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU). Bahnchef Rüdiger Grube erklärte, man wolle noch mehr in die Sicherheit der Reisen investieren.

Klagen auf Kita-Plätze bleiben aus

■ Düsseldorf (Inw). Nach der Einführung des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz für ein- und zweijährige Kinder am 1. August haben nur wenige Eltern die Möglichkeit zu Klagen genutzt, teilte das nordrhein-westfälische Familienministerium mit. Mit zeitweise 80 Klagen versuchten in Köln vergleichsweise viele Familien ihr Recht durchzusetzen. 40 Klagen wurden wieder zurückgezogen.

Affäre um Staatssekretär vor Ausschuss

■ Hannover (dpa). Ein Untersuchungsausschuss soll die Affäre um den grünen Ex-Agrarstaatssekretär Udo Paschedag in Niedersachsen aufarbeiten. Vertreter der CDU und FDP im Landtag kündigten an, den Ausschuss im September zu beantragen. Paschedag soll im Zusammenhang mit der Bestellung seines teuren Dienstwagens unrichtige Angaben gemacht haben.

Hohe Zahl von Vermissten auf dem Balkan

■ Belgrad (dpa). Nach den Bürgerkriegen beim Zerfall Jugoslawiens (1991 bis 1999) werden heute noch rund 12.000 Personen vermisst. Das berichtete der serbische Vermisstenverband. Im Kosovo fehle von 1.726 Menschen jede Spur. Bei der Auseinandersetzung der einzelnen Völker waren allein in Bosnien-Herzegowina mehr als 100.000 identifizierte Tote zu beklagen.

Russland entwickelt neue Raketen

■ Moskau (AFP). Russland entwickelt ein neues Raketenabwehrsystem, das auch Ziele im Weltall treffen kann. Die Boden-Luft-Raketen vom Typ S-500 sollen 2017 einsatzfähig sein, berichtete die Nachrichtenagentur Interfax unter Berufung auf Kreise im Verteidigungsministerium. Das System wird vom Rüstungskonzern Almas-Antej entwickelt.

Neue Senatoren auf Lebenszeit in Italien

■ Rom (dpa). Der italienische Staatspräsident Giorgio Napolitano hat vier neue Senatoren auf Lebenszeit benannt, darunter auch den früheren Chefdirigenten der Berliner Philharmoniker, Claudio Abbado. Die vier werden damit für ihre Verdienste in sozialen, wissenschaftlichen und künstlerischen Feldern geehrt. Das Amt gilt als eine der höchsten Auszeichnungen in Italien.

PERSÖNLICH



Bischof Tebartz-van Elst (53), wegen seiner Amtsführung umstrittener Limburger Bischof, hat Fehler eingeräumt. „Ich glaube schon, dass es noch wichtiger gewesen wäre, viel mehr zu kommunizieren. Wir haben es versucht“, sagte er dem *Domradio*. Seit einer Woche ist ein offener Brief mit Kritik an dem Bischof im Umlauf. Mehrere Hundert Menschen haben ihn unterzeichnet. FOTO: DPA



Klaus Wowereit (59), Berlins Regierender Bürgermeister, hat in einem Brief an seinen Moskauer Amtskollegen das Anti-Homosexuellen-Gesetz in Russland kritisiert. In dem Schreiben an Oberbürgermeister Sergej Sobjanin habe er mehr Toleranz für unterschiedliche Lebensweisen angemahnt. In Berlin soll an diesem Samstag gegen das Gesetz protestiert werden. FOTO: DPA



Ralf Meister (51), Landesbischof von Hannover, verbindet mit der Erinnerung an das Scheitern seiner ersten Ehe das Gefühl von Schuld. Das Eheversprechen vor Gott sei gescheitert. „Wir konnten das Gebot und die Verheißung dieser Ehe, die wir in Liebe eingegangen sind, nicht erfüllen. Diese Schuld braucht Vergebung“, sagte Meister der Tageszeitung *Die Welt*. FOTO: DPA

PRESSESTIMMEN

ARMUTSBERICHT

Thüringische Landeszeitung

■ Weimar. Das Schlimmste an der Armut ist die Not. Das Zweitschlimmste sicherlich die Unmöglichkeit der Teilhabe an einem Leben außerhalb der eigenen vier Wände und abseits dessen, was es an Freizeitvergügen zum Nulltarif gibt. (...) Das Drittschlimmste an der Armut: Die Armen werden sozial schwach genannt. Das ist eine unverschämte Formulierung.

Südwestpresse

■ Ulm. Die großen regionalen

Unterschiede lassen allerdings aufforchen. Es gibt ein immenses Wohlstandsgefälle in Deutschland, an dem auch die vorhandenen Ausgleichstöpfe nicht viel ändern.

Märkische Oderzeitung

■ Frankfurt/O. Diese Menschen fühlen sich ausgegrenzt, weil sie nicht wie andere ins Kino oder Restaurant gehen können – und dazu in ständiger Angst leben, ob sie die nächste Rechnung noch bezahlen können. Dieses Gefühl, „minderwertig“ zu sein, das ist das wirklich Bedrückende.

„Die SPD wird unter Wert geschlagen“

HINTERGRUND



Die Zahl der Charaktere in der Politik habe abgenommen, sagt Wolfgang Kubicki. Sich selbst kann der Spitzenkandidat der FDP in Schleswig-Holstein damit nicht meinen. Der 61-Jährige nimmt kein Blatt vor den Mund, deshalb ist er als Redner im Bundestagswahlkampf gefragt wie nie.

Kubicki ist bekannt dafür, dass er gerne austeilt: „Die SPD wird unter Wert geschlagen.“ Für den FDP-Mann eine Tatsache, die der Studienkollege von Kanzlerkandidat Peer Steinbrück offen bedauert. „Wir hätten mit der SPD auf Basis der

■ Bielefeld. Glaubt man Wolfgang Kubicki (Foto), steht einem schwarz-gelben Wahlsieg nichts im Weg. Beim Redaktionsbesuch spricht der FDP-Mann über den Wahlkampf, die Konkurrenz und seine eigene Zukunft. Von Jessica Weiser.

Agenda 2010 problemlos zusammenarbeiten können.“ Allerdings sei nicht klar, wohin sich die Sozialdemokraten derzeit entwickelten.

Aber auch bei seiner eigenen Partei pflegt Wolfgang Kubicki das offene Wort. „Die mangelnde Souveränität, mit der die FDP in der Vergangenheit auf-

trat, frustrierte die Leute.“ In einer Koalition seien beide Partner gleich stark. Auch die Tatsache, dass man bei der letzten Bundestagswahl mit einem Patos angetreten sei und dann nichts passiert sei, habe die Menschen misstrauisch gemacht.

Trotzdem ist der Jurist und Diplom-Volkswirt überzeugt, dass Schwarz-Gelb an der Regierung bleibt. „Ich mache seit 40 Jahren Wahlkampf, das ist das erste Mal, dass eine Wahl nicht über Themen, sondern über die Stimmung entschieden wird.“ Diese sei aktuell gut – auch ein Beitrag der Bundeskanzlerin. „Angela

Merkel ist gegenwärtig die Richtige für den Job.“ Sie strahle in Krisenzeiten Ruhe und Gelassenheit aus.

Für die Zeit nach der Wahl fordert Kubicki die konsequente Anwendung des Insolvenzrechts auch bei Banken sowie die Unterstützung der EU-Staaten mit Wissen statt mit finanziellen Mitteln. Bundesweit prophezeit er seiner Partei ein Ergebnis von acht bis neun Prozent. „Zusammen mit der CDU/CSU werden wir auf 47,5 oder 48 Prozent kommen.“ Einen Ministerposten will der redogewandte Politiker jedoch nicht beanspruchen.